

Auer Tageblatt

Beschreibungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint wochentlich. Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 212.

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise für Anzeigen aus den Anzeigen des Erzgebirges, wochentliche Anzeigen 20 Pf., wochentliche Anzeigen 20 Pf., wochentliche Anzeigen 20 Pf., wochentliche Anzeigen 20 Pf.

Telegramme: Erzgebirge Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Aue Leipzig Nr. 1000

Nr. 212

Freitag, den 11. September 1925

20. Jahrgang

Die Türkei verlangt Volksabstimmung in der Mossulfrage.

Ein türkisches Memorandum.

Genf, 9. Sept. Das Memorandum, das die türkische Delegation dem Völkerbundsrat überreicht hat, kommt zu der Schlussfolgerung, daß eine Volksabstimmung im Mossulgebiet unbestreitbar das beste Mittel zur Entscheidung der Streitfrage sei. Das Memorandum wiederholt dann die Forderung nach einer Volksabstimmung und weist die Auffassung zurück, daß die Bevölkerung des Mossulgebietes zu einer freien Meinungsäußerung und zu einer geordneten Volksabstimmung unfähig wäre. Die ganze Bevölkerung des Mossulgebietes verlange, so wird am Schluß der Denkschrift ausgeführt, eine rasche Beendigung der fremden Besetzung und die Aufrechterhaltung der alten Beziehungen zu ihrem Mutterlande, für welches sie sogar bereit sei,

den Kampf gegen die größte Kolonialmacht der Welt aufzunehmen.

Die Bedeutung des Angebotes der Türkei auf Abhaltung einer Volksabstimmung werde klar, wenn man

bedenke, daß die Mossulkommission des Völkerbundes anerkannt hat, daß das Irak-Reicherei Recht auf das umstrittene Mossulgebiet hat, daß ferner die Bevölkerung des Mossulgebietes die Türkei dem Irak vorziehe und daß man schließlich an eine Trennung des Mossulgebietes von der Türkei nur für den Fall denken könne, daß man zu anormalen Mitteln greifen würde, die jedoch im vorliegenden Falle nicht ins Auge gefaßt seien, wie der türkische Delegierte dem Räte bereits dargelegt habe. Rechtlich sei das Mossulgebiet unter der Souveränität der Türkei geblieben und angesichts dieser rechtlich so starken Stellung der Türkei müsse das umstrittene Gebiet logischerweise auch türkisch bleiben. Um aber die guten Beziehungen zwischen England und der Türkei nicht zu trüben, schlage die Türkei die Volksabstimmung vor, die angesichts des im Mossulgebiet herrschenden Anarchismus mit kleinen türkischen und englischen Fähnchen vorgenommen werden sollte, die statt der Stimmzettel in die Urne gelegt werden sollen.

Das Wilajet Mossul.

Mosul (Mossul) ist die Hauptstadt des etwa 75 000 Quadratkilometer großen Wilajets (Provinz) gleichen Namens. Die Stadt ist am Tigris, 450 Kilometer nordwestlich von Bagdad, nahe des alten Ninive gelegen und war einst ein blühendes Handelszentrum. Bekannt geworden ist sie im Abendland durch jarte, leichte Baumwollstoffe, die in ihren Mauern zuerst gewebt wurden, und die man nach ihr „Mossulwolle“ (Mossulwolle) nannte. In dem rechten Tigrisufer an der Abdachung Kern, amphitheatralisch aufgebaut. Die Einwohnerzahl eines Sindjaraukäufers ist die Stadt mit flachen Tälern auf etwa 60 000, die des ganzen Wilajet auf 300 000 geschätzt.

Geschichtlich gehört dieses Gebiet zu den ältesten Kulturen der Erde. Am Euphrat und Tigris entstanden und verankerten riesige Reiche. So heute die Trümmer von Ninive tröstlos in die Wüste ragen, sah einst der Herrscher des assyrischen Reiches. Das Land, um 1800 v. Chr. von Babylon aus bevölkert, gelangte um 1500 zur Selbstständigkeit. Unter seinem größten Herrscher Assarhaddon (281—608) unterwarf es sich ganz Vorderasien, konnte aber seine Macht nicht behaupten und mußte sich 608 wieder unter babylonische Herrschaft begeben. Noch älter als Assyrien ist Babylon. Den Persern gelang es 538, diese beiden uralten Reiche zu unterwerfen, sie mußten aber Alexander dem Großen weichen. Den Mazedoniern folgten die Römer, ihnen die persischen Sassaniden, 636 die Araber, 1258 wieder die Perser und 1638 eroberten es die Türken, die es ungeführt bis 1918 behaupteten.

Das Wilajet Mossul war im Weltkrieg, da es an die Frontfront fiel, auch mehr oder weniger der Schauplatz kriegerischer Ereignisse. Den Türken gelang es aber, ihre Stellungen fast gänzlich zu behaupten, und stolz konnte der Kommandant der 6. Armee Ali Ihsan Pascha im Herbst 1918 an den Großwesir melden: „Die 6. Armee hat dem Vaterland einen sehr großen Dienst erwiesen, indem es ihm den größten Teil des Mossulgebietes erhalten hat.“ Der Waffenstillstand von Mudros war abgeschlossen, die Türkei konnte als sicher annehmen, daß das Wilajet Mossul unter türkischer Regierung verbleiben würde. Um so erstaunter war General Ihsan, als er am 31. Oktober 1918 hörte, daß durch die Linie der 5. türkischen Division englische Kavallerie rücke. Gleichfalls zeigte sich englische Kavallerie westlich des Tigris. Nachdem der Waffenstillstand von Mudros in Kraft getreten war, forderte am 1. November 1918 der Führer der englischen Vorhut General Cassel von General Ali Ihsan, daß die Türken unterzöglig „auf 5 Meilen hinter Mossul, in der Richtung, welche Sie wollen“ zurückgingen. Er teilte fernerhin mit, daß englische Truppen in Mossul einziehen würden, um die Stadt vor allen Unruhen zu schützen der Araber zu schützen. General Ali Ihsan berichtete dem Großwesir sofort diese ungeheuerliche Anmaßung, dieser aber erwiderte, daß England die Macht besitze das ganze Land zu besetzen, da die Türken über keine Verteidigungsmittel verfügten. Eine Zusammenkunft Generals Cassels mit Ali Ihsan, zu der auch General Campbell mit dem Flugzeug gekommen war, öffnete den Türken noch mehr die Augen. General Campbell kam im Auftrag des Oberbefehlshabers der Frontfront und forderte nicht nur die Räumung Mossuls, sondern auch die des Wilajet Diabekir und der Sandeschaks (etwa unserer Amtshauptmannschaft entsprechend) Urfa und Sid. General Ali Ihsan lehnte die Forderung entrüstet mit den Worten ab: „Ich bin mich eher, ehe ich meine Truppen ausliefer.“ Am 9. November mußte er aber auf Befehl des Großwesirs nachgeben und das Gebiet verlassen. England gründete das Königreich Irak und räumte sich in Mossul ein Mandat ein, wie es Frankreich in Syrien getan hat. Mossul ist petroleumreich und England hat damit also wieder eines der wichtigsten Gebiete unter seine Herrschaft gebracht. Auf der diesjährigen Völkerbundstagung forderte die Türkei die Herausgabe Mossuls, indem sie den widerrechtlichen Eingriff Englands darlegte und auf die lange türkische Zugehörigkeit hinwies. England dagegen spielt sich als Wortmund des Königs von Irak auf der Mossul als zum Irak gehörig beansprucht. Die Bevölkerung des Gebietes selbst wünscht wieder türkisch zu werden, wenn auch nicht gelehrt werden kann, daß sich manche finden, die die Zugehörigkeit zum Irak erstreben. Selbstverständlich wird diese Richtung von englischer Seite aus unterdrückt und gefördert.

Der nunmehrige Vorschlag der Türkei, die Zukunft des Landes gang in die Hände der Weimarer zu legen, durch Durchführung eines Volksreferendums, dürfte beiden Seiten gerecht werden. Man kann gespannt sein, ob der Völkerbund seinen überparteilichen Charakter wahrt und dem Instanzen der Regierung von Ankara Ratigbt.

Kabinettsrat über die weitere Haltung Deutschlands.

Berlin, 9. Sept. Ministerialdirektor Gaus ist von seiner Londoner Reise zurückgekehrt und hat nach Sitzung seines Materials Dienstagabend zunächst dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Schubert Vortrag über die Londoner Juristenverhandlungen gehalten. Mittwoch vormittag war Gaus bei Minister Dr. Gehler, der zur Zeit den Reichskanzler vertritt, um ihm ebenfalls seine Eindrücke mitzuteilen. Gegen mittag begab sich Dr. Gaus zum Reichspräsidenten von Hindenburg zum Vortrag. Heute abend wird er sich mit Außenminister Stresemann, der seinen Urlaub an der Nordsee verbringt, und mit dem ebenfalls verreisten Reichskanzler Dr. Luther in Verbindung setzen.

Erst nach dieser mündlichen Information der Minister wird ein Kabinettsrat einberufen werden, in dem man sich über die weitere Haltung der deutschen Regierung schlüssig werden wird. Es ist möglich, daß der Kabinettsrat noch vor den offiziellen Besprechungen im befreiten Ruhrgebiet stattfindet.

Ministerbesprechungen in Genf.

Genf, 9. Sept. Chamberlain, Orland, Vanderveelde und Scialoja berieten heute vormittag zum ersten Mal gemeinsam mit den alliierten juristischen Sachverständigen über den von diesen vorgelegten endgültigen Bericht über die Londoner Besprechungen. Von englischer Seite wird versichert, daß diese Beratungen einen weiteren Schritt in der Richtung auf eine an Deutschland zu richtende Einladung darstellen, da in verschiedener Hinsicht eine weitere Einigung erzielt worden sei. Auf englischer Seite wird heute wiederholt der Annahme Ausdruck gegeben, daß die Ministerkonferenz bald stattfinden werde. Burszeit sind jedoch noch keine zuverlässigen Angaben darüber zu erhalten, ob über Ort und Zeit ein endgültiger Beschluß der alliierten Minister vorliegt.

Zusammenkunft der Außenminister am 25. September.

Nach einer Meldung der Schweizerischen Depesch-Agentur wird die Zusammenkunft wahrscheinlich am 25. September in Lausanne stattfinden.

Der schwankende Mussolini.

Die heutigen Verhandlungen der alliierten Minister mit den Juristen werden nachmittags und abends fortgesetzt werden. Der Grund, warum bisher noch keine formelle Einladung nach Berlin abgegangen sei, scheint u. a. in einem „Widerverständnis“ mit Italien über die Teilnahme Mussolinis zu liegen. Mussolini, der zuerst großes Interesse gezeigt hatte, an der Ministerkonferenz teilzunehmen und sogar ihre Leitung für sich beanspruchte, ließ vor einigen Tagen durch eine italienische Agentur eine Meldung verbreiten, daß er infolge sehr starker Beschäftigung mit innerpolitischen Angelegenheiten an der Konferenz nicht werde teilnehmen können. Dafür haben die Alliierten hier beschlossen, keine besonderen Rücksichten mehr auf die früheren Wünsche Mussolinis zu nehmen und die Konferenz für den 25. September nach Lausanne einzuberufen. Nun soll aber Scialoja in den letzten Besprechungen mit den alliierten Ministern erklärt haben, daß ihm von einer Unterbrechung der Absichten Mussolinis nichts bekannt sei, worauf die alliierten Minister erwiderten, daß auch sie an diese Besprechungen gebunden seien und nunmehr an Lausanne als Konferenzort festhalten müßten.

Besprechung des Berichts des Völkerbundsrats.

Genf, 9. Sept. Die Völkerbundversammlung ist heute in die allgemeine Aussprache über die Tätigkeitsberichte des Völkerbundsrats und des Generalsekretariats eingetreten. Das brasilianische Staatsmitglied Nelson Franco eröffnete die Debatte mit einem kurzen Nachruf auf das Staatsmitglied Branting, das während der von Melo-Franco präsidierten Ratssession gestorben ist, und gab dann eine Würdigung der Völkerbundsarbeiten des vergangenen Jahres. Costa-Portugal, Prinz Urfa ed Daulah (Persien) und Viscount Cecil (England) gedachten ebenfalls in kurzen Nachrufen der Tätigkeit Brantings, des lettischen Ministerpräsidenten Melorowicz und des ehemaligen Ministerpräsidenten Wibiati.

Für die Nachrufe dankte der schwedische Außenminister Unden und der lettische Gesandte in Rom Schumann. Nach dieser Rundgebung ergriff Jähle (Dänemark) das Wort. Er betonte, daß Dänemark in den Völkerbund, obwohl er ein noch junges Gebilde sei, volles Vertrauen setze, da er eine politische Notwendigkeit darstelle und deshalb auch von Bestand sein werde. Er besprach dann die verschiedenen Zusatzanträge zu Artikel 4 und 16 des Völkerbundespatentes, schilderte im Zusammenhang den bekannten dänischen Antrag: „Die Aufgaben des Völkerbundes zur Kodifizierung des internationalen Rechts“ und trat dafür ein, daß die Bestimmungen des künftigen Sicherheitspatentes sich an die Bestimmungen des Völkerbundespatentes anlehnen, wobei er die unter den skandinavischen Staaten getroffene Konvention als Beispiel anführte. Die Völkerbundversammlung vertagte sich darauf am Donnerstag vormittag 10½ Uhr zur Fortsetzung der allgemeinen Aussprache.

Heute nachmittag treten die verschiedenen Kommissionen der Völkerbundversammlung zur Aufnahme ihrer Arbeiten zusammen. Außerdem wird der Rat zu einer Sitzung zusammentreten, in der nur Fragen zweiter Ordnung behandelt werden. Auch der heutige Tag steht vollständig unter dem Zeichen der Verhandlungen über die weitere Förderung des Sicherheitspatentes und der Frage eines baldigen Zusammentritts der Ministerkonferenz.

Genf, 9. Sept. Der Beschluß über die Aufhebung der Finanzkontrolle in Oesterreich ist auf die Dezember-tagung des Rates verschoben worden.

Painleves Reise ins Elsaß.

Genf, 9. Sept. Der französische Ministerpräsident Painleves hat in Begleitung des Unterstaatssekretärs Georges Bonnet heute früh Genf verlassen, um sich nach Elsaß-Lothringen zu begeben. Auch Vanderveelde ist nach den heutigen Besprechungen abgereist.

Paris, 9. Sept. Ministerpräsident Painleves ist in Mülhausen eingetroffen. Er wurde in der Handelskammer und im Rathaus empfangen und ist nachmittags um 5 Uhr nach Kolmar weitergefahren.

Kein Zusammenschluß der baltischen Staaten.

Genf, 9. Sept. Am Dienstag vormittag hielten die maßgebenden Delegationen der baltischen Staaten und zwar wiederum ohne Lettland, eine Beratung ab, die diesmal die Frage des Zusammenschlusses der baltischen Staaten einschließlich Polens betraf. Die Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Es wird hier der Meinung Ausdruck gegeben, daß damit die Bemühungen des estländischen Außenministers Pusta, der sich besonders für den Zusammenschluß einsetzte, als endgültig gescheitert angesehen werden müssen.